



„Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.

Schlag auf Schlag

Auf diesen Seiten beziehen die Fraktionen zum Schwerpunktthema Stellung.

Martin Börschel
(SPD)



Marcus Optendrenk
(CDU)



Der Haushalt 2015 bedeutet für die finanzielle Konsolidierung ...

... einen weiteren Schritt Richtung Schuldenbremse 2020. Durch die zusätzlichen Ausgaben für die Beamtenbesoldung kann die Konsolidierung nicht so schnell erfolgen, wie ursprünglich geplant. Die Mehrausgaben werden jedoch rasch kompensiert.

... die Offenbarung der letzten vier verlorenen Jahre in der Haushaltspolitik: ein jährlicher Schuldensockel von 3 Milliarden Euro. Die Gesamtverschuldung steigt damit auf 140 Milliarden Euro. Rot-Grün überschätzt die Steuereinnahmen in ihrer Finanzplanung und hat kein Konzept, um den Landeshaushalt endlich in den Griff zu bekommen. Von der Einhaltung der Schuldenbremse ist Rot-Grün meilenweit entfernt.

Schuldenbremse und weitere Investitionen zum Beispiel in die Infrastruktur sind aus meiner Sicht ...

... kein Widerspruch! Nur wenn wir es schaffen, die Ausgaben des Landes soweit wie möglich von konsumtiven in investive Maßnahmen umzuschichten, können wir höhere Reparaturkosten beispielsweise im sozialen Bereich und bei der Infrastruktur dauerhaft reduzieren. Gleichzeitig müssen wir die Erträge zur Einhaltung der Schuldenbremse erwirtschaften und NRW so zukunftsfähig gestalten.

... zwei Seiten einer Medaille. Die Schuldenbremse ist kein Selbstzweck, sie konkretisiert das Prinzip der finanziellen Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit. Wir sollten unseren Kindern Zukunftschancen mit auf den Weg geben, keinen immer schwereren Schuldenrucksack. Nur über eine Konsolidierung des Landeshaushalts wird es möglich, dauerhaft finanzielle Spielräume für Investitionen zu eröffnen.

Zur finanziellen Stabilisierung benötigen die Kommunen ...

... vor allem dauerhafte Entlastungen bei Sozialkosten und Altschulden. Die bisherigen Hilfen, beispielsweise durch den Stärkungspakt oder die zu erwartenden bei den Eingliederungshilfen, sind notwendig, um die besonders belasteten Kommunen überhaupt in die Lage zu versetzen, durch eigene Einsparungen auch einen nachhaltigen Konsolidierungserfolg zu erzielen.

... eine verlässliche und ihren Aufgaben entsprechende Finanzausstattung. Mit der Übernahme der Grundsicherung und der Entlastung bei der Eingliederungshilfe leistet der Bund einen wichtigen Beitrag. Zudem benötigen die Kommunen ein nachhaltiges Hilfsprogramm, das das flächendeckende Problem der kommunalen Verschuldung angeht. 61 ausgewählten Kommunen eine völlig unzureichende Hilfe zu gewähren, hilft nicht weiter.

Die Einnahmen von Bund und Ländern sollten zukünftig ...

... so erhoben und verteilt werden, dass sie jeweils dem tatsächlichen Bedarf von Bund, Ländern und Kommunen entsprechen und gleiche Lebensverhältnisse ermöglichen. Bei einer reinen Verteilung nach Himmelsrichtung oder Steueraufkommen sind Über- oder Unterfinanzierungen unvermeidlich und „goldene Wasserhähne“ auf der einen und kaputte Infrastrukturen auf der anderen Seite die Folge.

... wieder als das angesehen werden, was sie sind: das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, mit dem sparsam umzugehen ist. Bei der Neuordnung der Finanzbeziehungen von Bund und Ländern muss die Balance zwischen Eigenstaatlichkeit der Länder und bundesstaatlicher Solidargemeinschaft auch in Zukunft gewahrt bleiben. Die Länder sollten sich nicht als Bittsteller gegenüber dem Bund darstellen.



Diesmal zum Haushalt 2015.

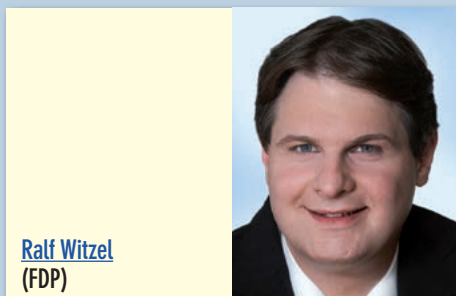


... einen weiteren Schritt zum Ziel. Obwohl wir im Ländervergleich sehr effizient sind, muss der Kurs durch konkrete Projekte ergänzt werden, wie z.B. durch Strukturreformen bei der Polizei, dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb oder der Zusammenlegung von Institutionen wie bei den Oberfinanzdirektionen. Nicht hilfreich sind immer neue Ausgabewünsche der Opposition, gepaart mit dem Vorwurf, die Regierung würde nicht sparen.

... zwei Seiten einer Medaille. Sie lassen sich nur durch einen Konsolidierungskurs mit klaren Prioritäten verwirklichen. NRW investiert zusätzlich z.B. in Betreuung und Bildung. Der Erhalt statt des ziellosen Ausbaus der öffentlichen Infrastruktur muss im Vordergrund stehen und bedarf endlich einer sachgerechten Finanzbeteiligung des Bundes.

... die Unterstützung, die sie durch Rot-Grün erhalten. Der Stärkungspakt Stadtfinanzen, die deutliche Aufstockung des GFG, die Rückzahlungen bei den Einheitslasten oder die stärkere Beteiligung am U3-Ausbau sind wichtige Schritte zur Gesundung der kommunalen Haushalte. Dies ist eine klare Abkehr vom schwarz-gelben Kurs, der nichts anderes als ein Fiasko für die kommunale Selbstverwaltung war.

... fairer verteilt werden. Nicht länger die Himmelsrichtung, sondern Bedürftigkeit muss Maßgabe für die Verteilung von Geldern in einem solidarischen Länderfinanzausgleich werden. Die frei werdenden Solidarpaktmittel sollten in diesem Zusammenhang zur Tilgung von Altschulden verwendet werden.



... nichts Gutes: Anders als in anderen Ländern wächst der Schuldenberg in NRW weiter auf gigantische 143 Milliarden Euro an. Die Einhaltung der Schuldenbremse ist daher auch nach Berechnungen des Finanzministers selbst für den spätestmöglichen Termin 2020 in Gefahr. Wer nach Jahren ökonomischer Bestbedingungen und immer neuer Einnahmerekorde bei Steuern so erfolglos ist, wird bei der Sanierung scheitern.

... kein Widerspruch. Die Abfolge muss stimmen: Je eher sich die öffentliche Hand aus der Abhängigkeit von den Finanzmärkten befreit, umso früher werden auch wieder Zukunftsinvestitionen möglich. Auch deshalb ist die derzeitige Mangelverwaltung mit pauschalen Haushaltssperren so bedenklich und konzeptlos. Rot-Grün steckt bis zum Hals im Schuldenumpf fest und kann daher nichts positiv gestalten.

... vier Dinge: das eigene Verantwortungsbewusstsein für Einsparungen, die volle Konnexität aller Beauftragungen durch das Land, einen radikalen Abbau sinnloser Bürokratie und Überstandards sowie ein wirksames Einschreiten der Kommunalaufsicht, wenn einzelne Kommunen sündigen wie bei der Steag-Verstaatlichung. Vergabegesetz, Inklusion und Abundanzumlage sind ein rot-grüner Anschlag auf solide Kommunalfinanzen.

... die Ausgaben decken. Wir müssen die Neuverschuldung stoppen und mit dem Schuldenabbau beginnen. Dabei gibt es kein Einnahmeproblem, sondern ein Ausgabeproblem durch immer mehr Umverteilung und vermeintliche Wohltaten auf Pump. Diese Mentalität muss beendet werden. Das setzt ernsthafte Strukturreformen voraus, die sich dauerhaft positiv auswirken. Eine Aufweichung der Schuldenbremse aber wäre Gift.



... keinen wirklichen Fortschritt. Er ist ziellos, planlos und kraftlos. Weder verbessert sich die Lage im Land, noch kann der Finanzminister einen vernünftigen Weg aufzeigen, wie er mit der Situation in NRW umgehen will. Wir brauchen mehr Investitionen in Bildung, Schuldenbremse hin oder her. Sonst verlieren wir den Anschluss. Schüler und Studenten sind die Zukunft dieses Landes und Förderziel Nr. 1.

... kein Widerspruch. Die Schuldenbremse muss in volkswirtschaftlicher, fiskalischer und gesamtgesellschaftlicher Hinsicht neu betrachtet werden. Investitionen in Bildung und Infrastruktur sind dringend notwendig und überfällig! Wir müssen vermehrt auf schienengebundenen Verkehr setzen. Diesen gilt es zu stärken und fokussiert auszubauen. Dazu haben wir eine Enquete ins Leben gerufen.

... eine genaue Analyse, warum die NRW-Kommunen im bundesweiten Vergleich immer weiter zurückfallen. Die Frage des menschenwürdigen Umgangs mit Flüchtlingen, die marode Verkehrsinfrastruktur und die solide Finanzausstattung von Schulen sind die wichtigsten Dinge, die wir angehen müssen. Die gilt es vernünftig zu finanzieren. Bund, Land und der Länderfinanzausgleich/Soli sind da gleichermaßen gefragt.

... anders aufgeteilt werden. Dabei kann es aber zu weiteren Aufgabenübernahmen im Bund kommen. Wir müssen vor allem im Bildungssektor ernsthaft über die Abschaffung des Kooperationsverbotes nachdenken. Weder der Bund noch das Land NRW kann sich hier leisten, die Weichenstellung NICHT auf Zukunft zu stellen.